

Projektmeldung | Lateinamerika | Land- und Forstwirtschaft

Assessment of the Regulatory and Institutional Framework for Gene-Editing via CRISPR-Based Technologies in Latin America and the Caribbean

Technische Hilfe

Finanzierungsantrag

17.07.2019

Land:	Lateinamerika, Karibik
Finanzierung:	Interamerikanische Entwicklungsbank / Banco Interamericano de Desarrollo (BID)
Kategorie:	Land- und Forstwirtschaft

Für ein regionales Projekt der technischen Hilfe zur Unterstützung der Bewertung des regulatorischen und institutionellen Rahmens für Gen-Editing mittels CRISPR-basierter Technologien wurde bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) ein Zuschuss in Höhe von 600.000 US\$ beantragt. Vorgesehen ist die Erstellung eines ersten Fachberichts über Gen-Editing in der Landwirtschaft für die Region Lateinamerika und Karibik mit expliziten Fahrplänen, die die Agenturen bei der Berücksichtigung der sozioökonomischen, wettbewerbs- und handelspolitischen Auswirkungen von Gesetzesänderungen unterstützen.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Lateinamerika / Karibik

Land- und Forstwirtschaft / Justiz und Recht / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / F&E / Regionalstruktur / Konjunktur / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Handel und Vertrieb, übergreifend / Land- und Forstwirtschaft, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Rechtsberatung / Projektmanagement, Evaluierung / Stadtentwicklung, Ländliche Entwicklung / Unternehmensberatung / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Forschung und Entwicklung / Sozialverträglichkeit
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.